



nahmen griff, dürfen Läden mit einer Verkaufsfläche bis 800 Quadratmeter seit dieser Woche öffnen. Österreich war nach Ostern der erste europäische Staat, der kleineren Geschäften bis 400 Quadratmeter erlaubte, wieder Kunden zu empfangen. Allerdings herrscht dort Maskenpflicht.

Die Schweiz verfährt langsamer. Dies auch deshalb, weil sich der Bundesrat nicht an Richtwerten orientiert wie der Grösse der Verkaufsflächen. Die Ladenbetreiber müssen stattdessen ein Schutzkonzept vorlegen. Man setzt damit auf zentralistisches Mikromanagement, was in einem föderalistischen Land wie der Schweiz umso erstaunlicher ist.

Ähnlich überraschend kam der Entscheid, die Schulen bis zum 11. Mai geschlossen zu halten. Der Bundesrat begründet dies mit den Pendlerströmen, die andernfalls zu rasch hochschnellen würden. Die meisten Primarschüler werden allerdings zu Fuss zur Schule gehen, ohne Begleitung der Eltern. Das Schulhaus ist meist nicht weit vom Wohnort entfernt. Einzig die Lehrer würden pendeln.

### Widersprüchliche Informationspolitik

Weshalb also die langsame Rückkehr in die Normalität? Liegt es am Ende doch an fehlenden Atemschutz- und Hygienemasken? Die Tamedia-Zeitungen berichteten kürzlich, der Bund habe Mitte März beschlossen, 400 Millionen Stück bis Ende Mai zu beschaffen, davon drei Viertel Hygienemasken. Tatsächlich sagte Gesundheitsminister Alain Berset am 16. April in einem Interview mit SRF, es brauche diese Masken für die Umsetzung der Schutzkonzepte und der Lockerungsmassnahmen.

Das ist bemerkenswert, weil der Bund immer wieder erklärt hatte, dass Masken, vor allem minderwertige Hygienemasken, keinen Infektionsschutz bieten würden. Der Pandemieplan von 2018 spricht eine andere Sprache. Die NZZ schreibt, die widersprüchliche Informationspolitik habe wohl Hamsterkäufe verhindern sollen. Anders formuliert: Der Bund hatte es in der Zeit verpasst, genügend Masken zu kaufen, weshalb er sie in der Not als unwirksam darstellte.

Weil sich diese kritische Einschätzung allmählich durchsetzt, hat die Verwaltung ihre Verteidigungslinie angepasst. Der Pandemieplan basiere auf einem anderen Szenario, sagte Ueli Haudenschild vom Bundesamt für wirtschaftliche Landesversorgung kürzlich gegenüber den Tamedia-Zeitungen. Das ist nicht falsch, aber nur die halbe Wahrheit.

Der Pandemieplan rechnet mit einer Influenza. Tatsächlich sind wir mit einem neuen Coronavirus konfrontiert. Trotzdem hätte man gewarnt sein können. Die nationale Gefährdungsanalyse von 2015 bezeichnet die «Infektion eines Viertels der Bevölkerung mit einem neuen, gefährlichen Virus» als zweitgrösstes Sicherheitsrisiko der Schweiz nach einer Strommangellage.

### Weiss die linke Hand, was die rechte tut?

Warum wurde nichts unternommen? Die Gefährdungsanalyse stammt vom Bundesamt für Bevölkerungsschutz, das dem Verteidigungsdepartement angegliedert ist. Der Pandemieplan kommt aus dem Bundesamt für Gesundheit, also dem Innendepartement. Das Bundesamt für wirtschaftliche Landesversorgung ist dem Wirtschaftsdepartement unterstellt. Es herrscht ein Kompetenzwirrwarr. Weiss die linke Hand, was die rechte tut?

Der Bundesrat kann die Zweifel nicht ausräumen. Im Interview mit SRF wurde Berset gefragt, ob es nicht skandalös sei, dass ein 85 Milliarden Franken teures Gesundheitssystem zu wenig Masken bereitstelle. «So weit würde ich nicht gehen», sagte er. «Wir waren immer gewohnt, mit den Kantonen zusammenzuarbeiten.» Auf die Frage, ob die Kantone ihre Aufgabe vernachlässigt hätten, erwiderte er: «Wir sind gemeinsam in dieser Situation.»

Die Situation, so sieht's aus, ist ein langer Shutdown nach chinesischem Vorbild, wie ihn die Schweiz nicht einmal in den Weltkriegen erlebte. ○

## Energie

### Die andere Krise

Noch teurer als die Corona-Krise wäre ein Strommangel.

Von Silvio Borner

Bundespräsidentin Sommaruga versprach am Anfang der Epidemiemassnahmen der Wirtschaft 10 Milliarden Franken Corona-Unterstützung. Inzwischen hat der Bundesrat ein Paket für gut 60 Milliarden geschnürt, zwei ETH-Professoren haben medienwirksam gar 100 Milliarden vorgeschlagen. Einer davon hat inzwischen auch noch SP-Ständerat Christian Levrat darin recht gegeben, dass selbst 130 Milliarden dem Maastricht-Kriterium einer Verschuldung von 60 Prozent des Sozialprodukts noch gerecht würden. Da setze ich noch einen drauf und schlage 365 Milliarden Franken vor: für jeden Tag eine Milliarde Schadenersatz. Das können wir uns ja leisten.

Wie kommt man dazu? Vor Jahren hat die Bundesverwaltung den Schaden einer Pandemie auf 100 Milliarden Franken geschätzt, denjenigen einer Strommangellage aber auf 300 Milliarden. Das Risiko beider Katastrophen wurde auf ein etwa einmaliges Eintreten innerhalb von hundert Jahren veranschlagt. Zu beachten ist, dass eine Pandemie eine Art globalen Unfall darstellt, eine Strommangellage jedoch die Folge eines selbstverschuldeten Politikversagens ist.

Besonders pikant: Ein AKW-Unfall würde etwa 50 Milliarden Franken kosten, ist aber tausendmal weniger wahrscheinlich. Doch hier wird maximal vorgesorgt, während die Vorbereitung auf eine Pandemie verschlafen wurde und vom Risiko eines Stromausfalls durch politisch kontrollierte Forschung oder Pseudoforschung abgelenkt wird.

Die volkswirtschaftlichen Kosten sind bei Corona weit grösser als der direkte Schaden. Der Zusammenbruch der Wirtschaft vernichtet Wertschöpfung und Wohlstand. Je länger der obrigkeitliche Lockdown dauert, desto höher und «nachhaltiger» werden die Produktions- und Einkommensausfälle, die letztlich mehr Tote, mehr verlorene Lebensjahre zur Folge haben könnten als das Virus. Aus politisch-ökonomischer Sicht liegt die grösste Gefahr jedoch im unbeschränkten Machtanspruch der Regierungen, die Notstandslagen ausnützen, so dass Marktwirtschaft, Freiheit und Demokratie irreparable Schäden drohen. Und sollte dereinst die Stromkrise der Anlass sein, wären wir sogar selber schuld.